



Ehegatten-Arbeitsverhältnis: Zu viele Begünstigungen mag Fiskus nicht

Bei Beschäftigung von Familienangehörigen, besonders aber von Ehegatten, schauen die Finanzämter in der Regel ganz genau hin. Denn der Lohn, der für Ehemann oder Ehefrau gezahlt wird, kann nur dann als Betriebsausgabe geltend gemacht werden, wenn das Arbeitsverhältnis steuerrechtlich anerkannt ist. Dafür darf der Vertrag nicht zu exotisch, zu generös sein. Das prüft der Fiskus über den Fremdvergleich, also: Hätte man den Vertrag so auch mit anderen Mitarbeiter abgeschlossen? Das hat der Bundesfinanzhof in dem Fall einer Ehefrau verneint, die als Minijobberin im Betrieb des Mannes mitarbeitete. Neben 400 Euro bekam sie einen Firmenwagen zur Privatnutzung ohne jegliche Selbstbeteiligung. Eine solche Regelung sei in „familienfremden“ Minijob-Verträgen unüblich, so die Richter.

Ärzte dürfen auf Mithilfe von Kollegen nicht vertrauen

Ein Kollege als Patient – das erleichtert Ärzten nicht die Behandlung. Denn wie das Oberlandesgericht (OLG) Celle jetzt entschied, dürfen sich Ärzte nicht darauf verlassen, dass ihnen der kranke Kollege die Anamnese quasi frei Haus liefert. Das OLG verurteilte einen Internisten zu Schadenersatz und Schmerzensgeld, weil er es bei einer Gynäkologin unterlassen hatte, eine Basisdiagnostik durchzuführen. Die Ärztin war wegen starker Kopfschmerzen in die Sprechstunde gekommen. Der Internist hatte sie jedoch nach einem unauffälligen CT wieder nach Hause geschickt, am gleichen Tag musste sie wegen einer Sinusvenenthrombose in die Klinik. Von der Patientin, die zwar selbst Ärztin ist, aber extrem schmerzgeplagt war, könne nicht erwartet werden, dass sie dem behandelnden Internisten ohne Nachfragen eine vollständige Anamnese liefere, so das Gericht. Es sei und bleibe Aufgabe des behandelnden Arztes, entsprechend präzise Fragen zu stellen.

Keine Koloskopie bei Analblutungen ist grober Behandlungsfehler

Ärzte, die bei Patienten mit heftigen Blutungen aus dem Anus keine Darmspiegelung vornehmen lassen, haften wegen groben Behandlungsfehlers. Das Oberlandesgericht Braunschweig bestätigte das Urteil gegen einen Arzt, der bei einer Patientin auf eine entsprechende Untersuchung verzichtet hatte. Er diagnostizierte lediglich Hämorrhoiden und eine Analfissur. Der Krebs wurde erst neun Monate später entdeckt, als sich die Patientin wegen eines anderen Leidens im Krankenhaus behandeln ließ. Um einer Verurteilung zu entgehen, hätte der Arzt nachweisen müssen, dass die verspätete Diagnose nicht für den weiteren Krankheitsverlauf bei der Frau ursächlich war.

OP-Risiken müssen nicht in Prozentzahlen genannt werden

Müssen Ärzte die Wahrscheinlichkeit von Komplikationen mit Prozentzahlen angeben, um Patienten vor einem Eingriff richtig und vor allem wirksam aufzuklären? Nein, sagt das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt/Main. Genaue oder annähernd genaue Prozentzahlen in Bezug auf ein Behandlungsrisiko müssen nicht mitgeteilt werden, so die Richter in einer Entscheidung. Zudem richteten sich die Risikobeschreibungen in ärztlichen Aufklärungsbögen auch nicht nach den gebräuchlichen Einstufungen in den Medikamentenbeipackzetteln. Deshalb könne beispielsweise ein Risiko, das in 20 Prozent der Fälle eintritt, noch als „vereinzelt“ bezeichnet werden, so das OLG.

Bewertungsportale: Kein Anspruch auf Beibehaltung guter Noten

Viele Niedergelassene ärgern sich über schlechte Noten in Arztbewertungsportalen. Manche ärgern sich auch, wenn gute Bewertungen von den Betreibern gelöscht werden. So etwa ein Zahnarzt, der von Jameda verlangte, zehn gute Patientenmeinungen wieder zu veröffentlichen. Er vermutete, dass das Portal die Bewertungen nur deshalb gelöscht hatte, weil er kurz zuvor seine Premium-Mitgliedschaft gekündigt hatte. Jameda begründete die Löschung damit, dass die Validität der

Bewertungen nicht festgestellt werden konnte. Das Landgericht München I wies die Klage des Zahnarztes ab, weil er einen Zusammenhang zwischen Löschung und Kündigung nicht beweisen konnte.

Bundesgerichtshof: Leben kann kein Schaden sein

Können Ärzte dafür haftbar gemacht werden, dass sie Patienten mittels künstlicher Ernährung am Leben erhalten? Der Bundesgerichtshof hat dazu ein eindeutiges Urteil gefällt: Ein Schadenersatz für Angehörige kommt nicht in Betracht. Die Begründung des Gerichts: Es fehlt schon an einem Schaden. „Das menschliche Leben ist ein höchstrangiges Rechtsgut und absolut erhaltungswürdig. Das Urteil über seinen Wert steht keinem Dritten zu. Deshalb verbietet es sich, das Leben - auch ein leidensbehaftetes Weiterleben - als Schaden anzusehen“, so der BGH. In dem verhandelten Fall war ein an Demenz Erkrankter bis zu seinem Tod sechs Jahre künstlich ernährt worden. Der Sohn war der Meinung, dass vor allem im letzten Jahr das Leben des Mannes nur noch sinnlos verlängert worden sei. Der Hausarzt hätte mit dem Betreuer über das Ende der Sondenernährung sprechen müssen. Eine Patientenverfügung lag nicht vor. Auch ein „mutmaßlicher Wille“ des Mannes gegen den Einsatz lebenserhaltender Maßnahmen hatte nicht festgestellt werden können.

Wohnungsverkauf: Zwischenmieter schadet Steuerfreiheit nicht

Steuern auf den Veräußerungsgewinn fallen für eine Wohnung auch dann nicht an, wenn diese kurz vor dem Verkauf vermietet wurde. Nach einem (noch nicht rechtskräftigen) Urteil des Finanzgerichts (FG) Baden-Württemberg setzt die Steuerfreiheit für den Veräußerungsgewinn nach § 23 Einkommensteuergesetz zwar voraus, dass die Immobilie in den drei Jahren vor dem Verkauf selbst genutzt wurde. Das bedeute aber nicht, dass diese Eigennutzung sich jeweils über das gesamte Kalenderjahr erstreckt haben muss. Deshalb, so das FG sei es „unschädlich“, wenn die Wohnung vor dem Verkauf für ein paar Monate vermietet werde.

Urlaubsansprüche verfallen nicht ohne Weiteres am Jahresende

Die Voraussetzungen, wann Urlaubsansprüche von Arbeitnehmern am Ende eines Jahres (oder Übertragungszeitraumes) verfallen, hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) konkretisiert:

Nach einem Urteil muss der Arbeitgeber den Mitarbeiter erst über dessen konkreten Urlaubsanspruch sowie – klar, transparent und rechtzeitig – über die Verfallsfristen belehren. Zudem muss der Arbeitnehmer daraufhin aus freien Stücken auf den Urlaub verzichten – erst dann sind die Erholungstage weg. Mit der Entscheidung setzt das BAG ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes um, das den Arbeitgeber in der Pflicht gesehen hat dafür zu sorgen, dass Angestellte tatsächlich in der Lage sind, ihren Jahresurlaub zu nehmen.

Arzneimittelautomat von DocMorris bleibt weiter verboten

Das Verbot des Regierungspräsidiums Karlsruhe gegen die Versandapotheke DocMorris, in der Gemeinde Hüffenhardt einen Arzneimittelautomaten mit Videoberatung aufzustellen, ist vom Verwaltungsgericht bestätigt worden. Das Gericht folgte der Argumentation von DocMorris nicht, dass es sich bei dieser Art Arzneimittelabgabe mittels Videochat um eine besondere Art des Versandhandels handelt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Übergriffiger Zahnarzt verliert Kassenzulassung

Wegen heimlicher Nacktaufnahmen von Mitarbeiterinnen darf einem Zahnarzt die Kassenzulassung entzogen werden. Das hat das Bundessozialgericht entschieden. Dies gilt auch, wenn der Mediziner wegen der Tat nicht rechtskräftig verurteilt wurde. Die Kasseler Richter wiesen damit die Revision eines Zahnarztes aus Thüringen zurück, der seine Helferinnen jahrelang heimlich in der Umkleide seiner Praxis gefilmt hatte.

Digitalisierung

Wir bieten Hilfe bei der Digitalisierung. Bei Interesse sprechen Sie uns an!



Weitere Beiträge zu interessanten steuerlichen und rechtlichen Themen für Heilberufler finden Sie im Internet unter

www.vesting-stb.de